

# **SPD** demokratischer pressediens

P/XXXII/106

6. Juni 1977

**30 Jahre Marshall-Plan**  
-----

Solidarität der Starken mit den Schwachen braucht weltweite  
Anerkennung

Von Marie Schlei MdB  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 85 Zeilen

**Eine Zeitbombe tickt**  
-----

Warnung vor der innerdeutschen Zeitgrenze

Von Dr. Ulrich Dübber  
Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

**SPD-Frauen sind selbstbewußt**  
-----

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen tagte in  
Siegen

Seite 5 / 40 Zeilen

**Die Bruchstellen werden sichtbar**  
-----

Zur 17. Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse in Hannover

Seite 6 / 36 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 180 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 81 90 34/39  
Telefax: 86 66 940-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

30 Jahre Marshall-Plan  
-----

Solidarität der Starken mit den Schwachen braucht weltweite Anerkennung

Von Marie Schlei MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Vor genau 30 Jahren, am 5. Juni 1947, hat der damalige amerikanische Außenminister und spätere Friedensnobelpreisträger George C. Marshall einer Idee zum Durchbruch verholfen, die zum bleibenden Bestandteil der Beziehungen zwischen den Völkern geworden ist: Ein dauerhafter Frieden kann nur auf der Grundlage der wirtschaftlichen Stabilität aller Völker gesichert werden.

Genau 30 Jahre später erleben wir in Paris den Abschluß der KIWZ. Der Dialog zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern hat die Fundamente sichtbar gemacht, auf denen eine faire und gerechte Weltwirtschaftsordnung aufgebaut werden kann. Wahrscheinlich hofft kein Volk stärker als wir, daß das Prinzip der Solidarität der Starken mit den Schwachen weltweite Anerkennung finden wird.

Der 5. Juni 1977 fordert uns heraus, die eigene Bereitschaft zur praktischen Solidarität an den Leistungen des Marshall-Plans messen zu lassen, über das hinaus, was wir in den 20 Jahren Entwicklungspolitik erreicht haben. Nur wenige wissen, daß der größte Teil der Hilfe, die unser eigenes Volk nach dem Krieg erhalten hat, ohne Verpflichtung zur Rückzahlung geleistet wurde. Wir haben die Marshall-Plan-Gelder im sogenannten ERP-Sondervermögen zusammengefaßt, das heute einen Wert von rund 11,3 Milliarden DM hat. Mit diesem Vermögen werden jedes Jahr erneut wichtige Aufgaben der deutschen Wirtschaftsförderung bestritten.

Ich halte es für eine wichtige moralische Frage, was wir zukünftig mit diesem enormen Vermögen tun wollen. So viel scheint mir vorab gesichert: Wir können, nachdem wir den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erfolgreich abgeschlossen haben, kaum mit dem Verständnis der Dritten Welt rechnen, wenn wir vorwiegend nur an uns selbst denken und die Entwicklungsländer weitgehend ihren eigenen Sorgen überlassen.

Ich bin deshalb froh darüber, daß sich der Deutsche Bundestag dafür einsetzen will, neue Finanzierungsquellen für unsere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt zu erschließen. Daß dabei das ERP-Sondervermögen in den Mittelpunkt des politischen Interesses rücken wird, kann niemanden verwundern, der die Erfolge des amerikanischen Wiederaufbauprogramms für Europa, das eng mit dem Marshall-Plan verbunden ist, kennt.

Wenn sich innerhalb so kurzer Zeit politische Einstellungen ändern, dann ist die Frage nach den Ursachen erlaubt. Zunächst müssen wir von dem weitverbreiteten Vorurteil Abschied nehmen, unsere Bevölkerung habe zu wenig Verständnis für die Probleme der Entwicklungsländer. Die kaum noch zu zählenden Briefe, die in den letzten Monaten zum Thema Entwicklungspolitik in Bonn eingegangen sind, deuten einen Bewußtseinswandel an, der es erleichtert, durch internationale Verhandlungen einen fairen Interessenausgleich zwischen reichen und armen Ländern herbeizuführen. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat Anfang Mai in seiner Regierungs-

erklärung zum Ergebnis der Konferenz von London hervorgehoben, daß die Bundesregierung alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um den Nord-Süd-Dialog zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Die Politik des Zeitkaufens, also die Methode, Zukunftsaufgaben auf die lange Bank zu schieben, verliert zusehends an Anhängern. Nicht nur bei uns, sondern überall auf der Welt.

Ein weiterer Grund für das wachsende Interesse an der Nord-Süd-Politik sind die Probleme unseres Arbeitsmarktes, die uns seit fast drei Jahren bedrängen. Die Sorgen im eigenen Land haben unsere Phantasie angeregt, wie wir die Möglichkeiten der Entwicklungspolitik stärker zur Sicherung der eigenen Arbeitsplätze einsetzen können. Wenn es richtig ist, daß durch Entwicklungspolitik neue Märkte erschlossen werden, und wenn es weiter richtig ist - wofür ich mich verbürgen kann -, daß der Löwenanteil unserer Hilfe für Entwicklungsländer in Form von Aufträgen wieder an die deutsche Industrie zurückfließt, dann ist es verständlich, wenn Wirtschaftspolitiker immer nachdrücklicher fordern, die Kaufkraft der Dritten Welt zu steigern, um eine Politik zum gegenseitigen Nutzen aller Beteiligten einzuleiten. Unversehens kommen wir damit auf die Grundgedanken des Marshall-Plans zurück: In einer Welt, in der alle Länder voneinander abhängig sind, kann kein Land seine eigenen Probleme ohne Rücksicht auf die Lage der anderen in Ordnung bringen. Die Rücksichtnahme auf den schwächeren Partner liegt langfristig in unserem eigenen Interesse; denn starke Handelspartner sichern unseren eigenen Wohlstand.

Wir können allenthalben feststellen, daß die Nachfrage nach bestimmten Produkten im eigenen Land Sättigungsgrenzen erreicht zu haben scheint. Ich denke nur an unseren Schiffsbau und an unsere Lokomotiven-Industrie. Wenn wir in den nächsten Jahren verhindern wollen, daß Anpassungskrisen, hervorgerufen durch einen weltweiten Strukturwandel, auf dem Rücken der deutschen Arbeitnehmer ausgetragen werden, dann müssen wir die Gelegenheit nutzen, die sich unserer exportorientierten Wirtschaft in der ungeheuren Nachfrage nach Produkten bietet, die Entwicklungsländer für ihren eigenen Aufbau brauchen, aber nicht selbst herstellen können. Die Arbeitsplätze, die wir auf diese Weise im eigenen Land stabilisieren, und die Zeit, die wir durch vernünftige Lieferprogramme gewinnen, sind der politische Erfolg, der den Einsatz zusätzlicher Hilfen für Entwicklungsländer rechtfertigt. Wir müssen diese Chance nutzen, unsere Wirtschaft vorzeitig auf die Bedingungen einer weltweiten Arbeitsteilung vorzubereiten.

Der 30. Jahrestag des Marshall-Plans bietet uns Gelegenheit, erprobte Modelle solidarischer Zusammenarbeit neu zu überdenken. Es ist ermutigend, daß diese Überlegungen gerade im Gewerkschaftslager auf große Resonanz gestoßen sind. Die Vorschläge für einen weltweiten Marshall-Plan, die der IBFG in sein Aktionsprogramm aufgenommen hat, zeigen in die richtige Richtung.

Ich bin sicher, daß sich auch die Bundesregierung diesen Überlegungen nicht verschließen wird, wenn es darum geht, die Erfahrungen, die wir mit der Verwendung der uns vor 30 Jahren überlassenen Hilfe gemacht haben, an die Entwicklungsländer weiterzugeben. Wer sich an den Leistungen des Marshall-Plans messen lassen will, der darf nicht zögern, die selbst empfangene Hilfe so einzusetzen, daß sie gleichzeitig uns und anderen nützt. (-/6.6.1977/ks/ 10)

+ + +

### Eine Zeitbombe tickt

-----

#### Warnung vor der innerdeutschen Zeitgrenze

Von Dr. Ulrich Dübber

Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag

Eine Zeitbombe tickt in der alten deutschen Hauptstadt: das neue Zeitgesetz. Bei nur einer Gegenstimme hat der Innenausschuß des Bundestages den Regierungsentwurf gutgeheißen, mit dem die Bundesregierung ermächtigt werden soll, ab Frühjahr 1978 die Sommerzeit einzuführen, also die Uhren um eine Stunde vorzustellen.

Bis zur Stunde ist unbekannt, ob auch die DDR ein Gleiches vor hat. Zwar gibt es Hoffnungen, die Ost-Berliner Regierung würde mitziehen, weil auch Polens Uhrzeit mit der westeuropäischen Sommerzeit identisch ist, die DDR mit- hin zwischen Marienborn und Frankfurt an der Oder zeitlich isoliert dastünde, aber das weiß genau bisher in Bonn niemand.

Sicher nur wäre, stellte die Bundesrepublik im Alleingang nächstes Jahr ihre Uhren um eine Stunde vor, daß West-Berlin von seiner Umgebung, dem anderen deutschen Staat, durch eine Zeitgrenze getrennt würde. Das würde sich zunächst im grenzüberschreitenden Verkehr auswirken, bei über drei Millionen Besuchern jährlich in Ost-Berlin gäbe es beträchtliche Erschwernisse schon allein durch unvermeidbare Irrtümer über Ostzeit oder Westzeit. Zeitlich versetzte Arbeits-, Unterrichts- oder Ladenöffnungszeiten würden die Besuchszeiten faktisch um eine Stunde verkürzen. In 15.000 Telefongesprächen täglich müßte der Zeitunterschied berücksichtigt werden.

An den elf Grenzübergängen müßten die West-Berliner darauf hingewiesen werden, daß die Zeit ihrer Tagesbesuche bereits um 23 Uhr abliefe, wenn es diese Besucher nicht vorzögen, beim Grenzübertritt hinüber die Ostzeit auf der Armbanduhr einzustellen. Auf alle Fälle wird die "Schusselquote" und damit die Zahl der ärgerlichen Mißverständnisse in die Höhe schnellen. Das alles natürlich gilt ebenso für das westdeutsche Zonenrandgebiet, in dem auch die Anzahl der Besuche über die Grenze erfreulich gestiegen ist.

West-Berlin jedoch wird im Binnenbereich getroffen werden. Da die "Reichsbahn" der DDR hier sowohl S- wie auch die Fernbahn betreibt, wird sie ihren Fahrplan gewiß nicht auf Westzeit umstellen. In West-Berlin werden 81 S-Bahnhöfe,

zwölf Güterbahnhöfe, vier Personen-Fernbahnhöfe und vier westalliierte Fernbahnhöfe weiterhin nach Ostzeit arbeiten. Wer im Straßenbild auf eine Normaluhr schaut, muß sich vergewissern, nicht eine Bahnhofsuhr vor sich zu haben. Die zwei U-Bahn-Transitstrecken mit ihren zwölf Bahnhöfen, von denen der Osten auch die elf für den Personenverkehr gesperrten betreibt, werden auch nach gespaltenen Zeit bedient werden müssen.

Von rund drei Vierteln des DDR-Territoriums ist bekannt, daß dort das West-Fernsehen empfangen werden kann. Der 20-Uhr-Tagesschautermin nimmt einen festen Platz im Ablauf des DDR-Alltags ein. In kluger Vernunft nimmt seit Jahrzehnten sogar das östliche Fernsehen darauf Rücksicht, das seine Nachrichtensendung "Die aktuelle Kamera" in beiden Programmen exakt in die Zeit von 19.30 bis 20 Uhr legt. Im Radio sähen sich bei einer westlichen Zeitumschaltung mindestens zwei Sendeanstalten einem prinzipiellen Dilemma gegenüber. Deutschlandfunk und RIAS Berlin sind von Programmauftrag gehalten, die Verbindungen über die Ätherwellen zu verstärken und im Programm die Interessen ihrer Hörer in der DDR zu beachten. Das beginnt schon morgens, wenn in den Frühmagazinen der Moderator die Zeit ansagt: Er wird sie künftig mindestens zweimal verkünden müssen. Wer im Halbschlummer nicht so ganz gut rechnen kann, tut dann besser, gleich den DDR-Sender einzuschalten. So werden wir Hörer und Zuschauer vergraulen.

Gewiß, das alles mögen bloße Befürchtungen sein. Andererseits haben Politiker in den letzten Jahren erkennen müssen, wie schnell bis dahin für unvermeidlich gehaltene technologische Sachzwänge von der Bevölkerung von heute auf morgen nicht mehr hingenommen werden. Jahrelang hatten zum Beispiel kluge Leute vor zu großen Autos und ihrem unmäßigen Verbrauch gewarnt, waren Tempobeschränkungen vorgeschlagen worden. Erst vier radikal autofreie Sonntage im Jahre 1973 zeitigten Wirkung, die aus der Ölkrise eine zweijährige Krise der Automobilindustrie mit hunderttausenden Arbeitslosen und Kurzarbeitern machte.

Der Weg ins Bewußtsein der Menschen ist lang, aber im Erfolgsfall kann er explosive Wirkungen haben. Wir sollten uns die technischen und ökonomischen Vorteile einer Sommerzeit noch einmal gründlich überlegen und alle überhasteten Schritte vermeiden. Dazu gehört auch, mit der DDR über dieses Thema ins Gespräch zu kommen. Wenn die innerdeutsche Grenze auch eine Zeitgrenze werden sollte, werde ich dem Gesetz nicht zustimmen können. (-/6.6.1977/ks/ja)

+ + +

**SPD-Frauen sind selbstbewußt**  
-----

**Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen tagte in Siegen**

Es ist noch gar nicht so lange her, daß Tagungen und Konferenzen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen als "Kaffeekränzchen" oder "Häkeltische" belächelt wurden. Wer ähnliches von der am Wochenende in Siegen stattgefundenen Bundeskonferenz der AsF erwartet hatte, sah sich - je nach Standpunkt - bitter enttäuscht oder angenehm überrascht.

In der Siegerlandhalle fand ein Kongreß statt, der sich sehen lassen kann. Da wurde auf politisch hohem Niveau, mit großen Sachkenntnissen und viel Engagement diskutiert, wie man es sich von allen Parteiveranstaltungen wünscht. Da wurde nichts unter den Teppich gekehrt, politische Standpunkte bezogen, Meinungsverschiedenheiten hart, aber fair ausgetragen. Die SPD-"Kaffeetanten" sind zu politisch selbstbewußten und sachkundigen Frauen geworden, die sich nicht mehr mit lediglich "frauenspezifischen" Themen abspelsen lassen werden.

Die Ergebnisse, die zu dem Konferenz-Schwerpunkt "Recht auf Arbeit" erarbeitet und beschlossen wurden, sind beachtlich. Sie sind eine Bereicherung für die Gesamtdiskussion in der Partei, auch wenn in einigen Punkten ein Fragezeichen gesetzt werden muß, wenn es um die Durchsetzbarkeit dieser Beschlüsse geht. Eines aber ist sicher, diese Beschlüsse dürfen nicht ad acta gelegt werden, sie müssen eingespeist werden in die Gliederungen der Partei. Von ihnen können wichtige Impulse für die politische Arbeit der Gesamtpartei ausgehen. Sie werden aber auch einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der Frauen für die Sozialdemokraten leisten.

Nachdenklich stimmen müssen vor allem die Diskussionsbeiträge zu dem zweiten Konferenz-Schwerpunkt "Frauen in die Politik - Mut zur Macht". Hier war viel von Frustration und Resignation aufgrund der gemachten Erfahrungen mit der Männerwelt in der Partei zu spüren, aber auch der Wille, an der politischen Macht auf allen Ebenen der Partei teilhaben zu wollen.

Wenn die Konferenz es mit knapper Mehrheit abgelehnt hat, ein Quotensystem einzuführen, das heißt, den Frauen bei der Besetzung der Parteiämter den Anteil zu garantieren, der ihrem Anteil an der Zahl der Mitglieder (21 Prozent) entspricht, dann deutet dies auf das gewachsene Selbstbewußtsein der SPD-Frauen hin. Sie wollen nicht als "Proporz"- oder als "Alibi"-Frau oder gar als "Quote" in den Vorständen der Partei sitzen, sondern um Machtpositionen kämpfen, mehr Rechte der Frauen innerhalb der SPD durchsetzen. Daß dieser Kampf nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, dafür dürfte der neue AsF-Bundesvorstand unter der Führung der neuen Vorsitzenden Elfriede Hoffmann ein Garant sein.

Die Gesamtpartei muß wissen, daß es bei der AsF ein hervorragendes Potential engagierter Politikerinnen gibt. Wenn Männer in der SPD weiterhin nicht bereit sind, dieses Potential bei der Nominierung von Kandidaten für die Parteivorstände und Parlamente stärker als bisher zu berücksichtigen, dann wird die Kampfansage der Frauen zur Konfrontation in der Partei nicht ausbleiben.

Code Japs  
(-/6.6.1977/ks/10)

+ + +

**Die Bruchstellen werden sichtbar**  
-----

**Zur 17. Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse in Hannover**

Mit "aller Macht" will Norbert Blüm, so versprach er nach getaner Wahl auf der Pressekonferenz in Hannover, die Vorstellungen seiner Sozialausschuß-Kollegen in der praktischen Politik der Union durchsetzen. Mißt man Blüm, den Kohl-Sprößling, an dem Maß, das sein Vorsitzender gesetzt hat, wird klar: Selbstkritik ist nicht seine Stärke. Jeder weiß, wenn Kohl von einem "kraftvollen Aufbruch" tönt, spürt er bereits die kraftvollen Hiebe seines bayerischen Bruders Strauß, die ihn zurücktreiben. Jeder redet eben viel von dem, was er gerade nicht hat, aber gern hätte. Norbert Blüms "Allmacht" gerinnt so zur Ohnmacht - jedenfalls in der Doppelunion, womöglich sogar in der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft, denn die Delegierten von Hannover haben ihm, dem einzigen Kandidaten, zwar ihre Stimmen - noch nicht aber das Vertrauen ausgesprochen, das sein Vorgänger Hans Katzer noch immer genießt.

Hans Katzer, als gestandener Sozialpolitiker, hat sein Urteil über Norbert Blüm, der sich selbst früher als Alleinunterhalter sah, und dessen Fähigkeiten gesprochen. Den Delegierten gab er es schriftlich: "Ich hätte auch gern Gelegenheit genommen, ... für den vor uns liegenden Weg einige klare Orientierungspunkte zu setzen. Ich werde es sobald wie möglich nachholen." Nur um Streit zu vermeiden, habe er auf eine erneute Kandidatur verzichtet, ließ er wissen. Der Streit steht dennoch ins Haus. Die sichtbar gewordenen Sprünge werden zu Brüchen führen. Als erster dürfte CDA-Hauptgeschäftsführer Albrecht Hasinger mit dem Katzer-Killer Blüm brechen. Vor versammelter Mannschaft kanzelte er - in Katzers Auftrag - Blüm ab, weil der in der Rentenfrage anderer Meinung als Katzer war: "Wenn CDA-Kollegen gegeneinander reden, brauchen wir auf Parteitage und in Fraktionen künftig nicht mehr anzutreten." Die Delegierten unterstützten denn auch das Katzer-Votum: für eine Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung.

Norbert Blüm muß also Hausmacht bilden. Dementsprechend gab er den Seinen im Abschlußreferat moralische Aufrüstung. Blüms Rezept, seinen Verein zu einer schlagkräftigen Truppe zu formen, ist aus seiner Sicht schlüssig. Vergangene Erfolge (Katzer) interessieren den Wähler nicht. Aber um die Theorie der Sozialausschüsse in die Praxis zu überführen, müssen die Sozialausschüsse und Blüm durch neue Mitglieder gestärkt werden; zunächst auf dem einfachsten Weg: Jeder Arbeitnehmer in der CDU muß auch Mitglied in den Sozialausschüssen und Gewerkschaften werden. Gelingt das nicht, bleibt der Blüm-Trupp, was er ist: Eine Pfadfindergruppe, die treu und redlich auszog, wortstark die Teufel zu vertreiben; allein: "die Beschlußfassung der Bundestagsfraktion wich mehrheitlich hiervon ab." (Bericht über die Erledigung der Anträge der 16. Bundestagung, Kiel).

Willi Carl  
(-/6.6.1977/ks/ca)

+ + +